

<b>Vorlage Nr. VI 38/2022</b>		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>nein</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs der Projektleitung Hafentunnel**

### **A Problem**

Die für den Ausbau der Cherbourger Straße / Hafenanbindung „Hafentunnel“ seinerzeit geschaffene Stelle eines Projektverantwortlichen beim Amt für Straßen- und Brückenbau wurde bisher befristet bis zum 30.04.2022 überplanmäßig anerkannt. Die Stelle wird vollumfänglich aus den Planungsmitteln für den Hafentunnel und somit aus Landesmitteln refinanziert. Der Bewilligungszeitraum für die Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten endet derzeit am 31.12.2022.

Eine Begleitung durch den Bauherrn und Vorhabenträger zur Wahrnehmung der hoheitlichen Tätigkeiten ist fortlaufend bis zum Projektabschluss bzw. der endgültigen Abrechnung per Verwendungsnachweis (ca. 1. Jahr nach Abrechnung der Baumaßnahme) erforderlich. Der quartalsweise fortzuschreibende Maßnahmen- und Finanzierungsplan sieht eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel bis Ende 2024 vor.

Sobald die formelle Genehmigung der Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten für den Ausbau der Cherbourger Straße seitens der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau über den 31.12.2022 hinaus vorliegt, ist die formale Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs erforderlich.

### **B Lösung**

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Fortführung der Projektleitung Hafenanbindung im Amt für Straßen- und Brückenbau zur Kenntnis und beauftragt das Fachamt, den formalen Antrag zur Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfes zum Stellenplan 2024 für die Dauer der Genehmigung der Refinanzierung durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu veranlassen. Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden könnte.

**D Finanzielle / Personalwirtschaftliche / Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen / Genderprüfung**

Die Personalkosten werden aus Landesmitteln finanziert.

Personalwirtschaftliche und klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz sind nicht gegeben. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Auf die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung und auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus.

**E Beteiligung / Abstimmung**

Amt 11

**F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Nicht geeignet. / Es besteht keine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

**G Beschlussvorschlag**

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Fortführung der Projektleitung Hafenanbindung im Amt für Straßen- und Brückenbau zur Kenntnis und beauftragt das Fachamt, den formalen Antrag zur Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfes zum Stellenplan 2024 für die Dauer der Genehmigung der Refinanzierung durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu veranlassen. Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

gez.  
Schomaker  
Stadtrat